

**Hartmut Grewe (Hrsg.)**

---

# **Energie und Umwelt**

**Weichenstellung für eine nachhaltige  
Stromversorgung**

**Mit Beiträgen von:**

**Norbert Lammert**

**Gert Maichel**

**Angela Merkel**

**Loyola de Palacio**

**Eine Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.**

Bei den hier abgedruckten Beiträgen handelt es sich um die überarbeiteten Reden, die im Rahmen der energiepolitischen Tagung der Konrad-Adenauer-Stiftung zum Thema „Energie und Umwelt: Weichenstellungen für eine nachhaltige Stromversorgung“ gehalten worden sind. Dieser Kongress fand in Berlin am 28. April 2004 aus Anlass der bevorstehenden Erneuerung des deutschen Kraftwerksparks statt.

**Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.**

Umschlag nach einem Entwurf der Druckerei Paffenholz, Bornheim, unter Verwendung von Fotos von Henning Lüders und dpa.

© 2004, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Sankt Augustin  
Alle Rechte vorbehalten.

Nachdruck – auch auszugsweise – allein mit Zustimmung der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Printed in Germany.

Gedruckt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.  
ISBN 3-937731-28-8

# Inhalt

---

Eröffnung des Zukunftsforums Energie und Umwelt 7-12

*Norbert Lammert*

Bausteine einer nachhaltigen Energiepolitik

für Deutschland 13-29

*Angela Merkel*

Energiepolitik als Gemeinschaftsaufgabe der EU 31-44

*Loyola de Palacio*

Investitionsentscheidungen für die Zukunft

45-57

*Gert Maichel*

Die Autoren und der Herausgeber

59



# **Eröffnung des Zukunftsforums**

## **Energie und Umwelt**

---

*Norbert Lammert*

Ich begrüße Sie herzlich zur Fachtagung der Konrad-Adenauer-Stiftung über Weichenstellungen für eine nachhaltige Stromversorgung. Loyola de Palacio, die Vizepräsidentin der Europäischen Kommission und Kommissarin für Verkehr und Energie kann ihren Vortrag nicht wie geplant auf dieser Veranstaltung halten. Sie nimmt teil an der heutigen Sitzung der EU-Kommission, die das Thema Russland und insbesondere den Energiedialog zwischen der EU und Russland behandelt. Dabei geht es um einen zentralen Aspekt, der auch im Kontext unserer Veranstaltung eine herausragende Bedeutung hat, nämlich die Frage, ob überhaupt, und wenn ja, unter wel-

chen Voraussetzungen, Russland dem Kyoto-Abkommen beitreten wird. Wünschenswert wäre ein erfolgreicher politischer Impuls aus Brüssel in dieser Angelegenheit. Wir sind dankbar, dass in Vertretung von Frau de Palacio der für die Kohle- und Ölpolitik zuständige Generaldirektor, Dr. Peter Schwaiger, seine Teilnahme möglich gemacht hat. Damit ist sichergestellt, dass die Überlegungen der Europäischen Kommission in unsere Debatte einfließen.

Lassen Sie mich einige Bemerkungen zum Sachstand und vor allen Dingen auch zu den Verhandlungsgegenständen dieser Fachtagung machen.

In Deutschland kommt der Strom bekanntlich aus der Steckdose. Diese gesicherte Lebenserfahrung prägt das öffentliche Bewusstsein ungemein und trägt ganz offensichtlich auch dazu bei, sehr viel komplexere Zusammenhänge, die sich mit dieser Steckdose verbinden, aus dem Bewusstsein der breiteren Öffentlichkeit zu verdrängen. Was hinter der Steckdose liegt, was die Industrie veranstalten muss, damit es den Strom tatsächlich von dort aus gibt, und was gelegentlich auch die Politik an Rahmenbedingungen schaffen muss, wird dabei häufig ausgeblendet und nicht zur Kenntnis genommen.

Versorgungsengpässe scheint es bei uns nicht zu geben, flächendeckende Stromausfälle – die berüchtigten Blackout – vermuten wir, wenn, dann in anderen Ländern, nicht in Deutschland. Manche vermuten im Übrigen, dass solche Blackout in der Energiepolitik häufiger vorkämen als in der Energieversorgung – ein Aspekt, der vielleicht in der Diskussion noch mal aufgegriffen werden kann. Ich will das jetzt an dieser Stelle nicht vertiefen.

Immerhin gibt der gestiegene bzw. steigende Strompreis schon Anlass zum Nachdenken. Es sind nicht nur Verbraucherverbände, die auf diese Entwicklung mit einiger Besorgnis hinweisen und damit auch den Hinweis verbinden, dass der Wettbewerb in der Stromwirtschaft zum Erliegen komme, kurz nachdem er überhaupt erst förmlich ausgerufen worden sei. Erst vor wenigen Jahren sind durch die Liberalisierung der Energiemarkte in der Europäischen Kommission die Weichen für eine sichere und preiswerte Versorgung gestellt worden und das im Kontext von Wettbewerbsbedingungen. Daran hatte die europäische wie die nationale Politik ihren jeweiligen Anteil. In der Folgezeit dieser beachtlichen Veränderungen haben sich die Energieversorgungsunternehmen im internationalen Wettbewerb neu aufgestellt. Sie haben nicht mehr allein den nationalen Markt im Visier; sie müssen auch den europäischen Strommarkt im Blickfeld haben.

Dass wir in der Stromwirtschaft vor vielen Herausforderungen stehen, und dass zu diesen Herausforderungen insbesondere auch der Klimaschutz gehört, bedarf keiner besonderen Begründung. Es ist auch keine völlig neuartige Erkenntnis oder Herausforderung. Immerhin gibt es in jüngerer Zeit eine Reihe von neuen gesetzlichen oder gesetzesähnlichen Vorgaben, was die Berücksichtigung solcher Klimaschutzziele betrifft. Insbesondere zu erwähnen ist die ehrgeizige Vorstellung, die Belastung von Luft durch Abgase und Abwärme durch Kraftwerke mit einem Preis zu versehen und auf diese Weise eine effizientere Nutzung von Energieanlagen herbeizuführen. Dies soll durch die Zuteilung von Emissionszertifikaten und den Handel mit solchen Zertifikaten erfolgen. Darüber hat es, wie Sie alle wissen, in Deutschland eine monatelange Auseinandersetzung gegeben. Diese Auseinandersetzung bezieht sich nicht auf die Frage, ob dies überhaupt ein

zweckmäßiger Weg sei, wohl aber darüber, ob die vorgeschlagenen bzw. jetzt beschlossenen Regelungen zweckmäßig sind und ob sie insbesondere geeignet sind, den gewünschten Beitrag zu höherer Effizienz und besserer Erreichung von Klimaschutzz Zielen sicherzustellen. Über die Frage der Zweckmäßigkeit dieser Ausgestaltung hat es nicht nur zwischen Regierung und Opposition unterschiedliche Einschätzungen gegeben, sondern ganz offenkundig auch innerhalb der Reihen der Regierung. Das unterstreicht die Schwierigkeit und gleichzeitig die Wichtigkeit dieses Themas.

Lassen Sie mich zum Schluss noch auf einen Aspekt hinweisen, von dem ich den Eindruck habe, dass er auch in der öffentlichen Diskussion über das Thema Energieversorgung und Klimaschutz ein bisschen oberflächlich betrachtet wird. Dass Ökologie und Ökonomie zwei sich wechselseitig bedingende, auch gleichzeitig wechselseitig eingrenzende wichtige Zielmarken der Energiepolitik sind, ist eine langjährige Rahmenbedingung unserer energie- und klimapolitischen Bemühungen. So lange es eine systematische Bemühung um Energieversorgung gibt, hat es Eingriffe in die Natur durch den Menschen gegeben, mit mehr oder weniger auffälligen Folgeschäden für die Natur. Das ist für die Vergangenheit und für die so genannten alten Energien relativ augenfällig, für die neuen Energieträger nicht immer in gleicher Weise im allgemeinen Bewusstsein. Abraumhalden, Tagebergbau, gewaltige Ausbaggerungen, rauchende Schlotte, dampfende Kühltürme: alles das wird sofort mit alten Energien assoziiert und trägt zu ihrem umweltschädlichen Image bei. Deswegen ist es in der Öffentlichkeit leicht vermittelbar, sich energiepolitisch neu zu orientieren und auf vermeintlich saubere Energien zu setzen.

Dass aber auch die Stromgewinnung aus neuen oder erneuerbaren Energien nicht ohne beachtlichen Preis mit Blick auf Natur und Landschaft zu verfolgen ist, wird nicht immer in gleicher Weise wahrgenommen. Staudämme und Wehre bändigen Flüsse und damit die Wasserkraft, mit der wir auch hierzulande seit beachtlicher Zeit Strom erzeugen. Dazu wurden gelegentlich Umsiedlungen von ganzen Dörfern in Kauf genommen, in anderen Ländern gigantische Regionen buchstäblich unter Wasser gesetzt. Heute fällt in vielen Regionen Deutschlands die große Anzahl von Windrädern ins Auge, von denen demnächst das erste höher sein wird als der Kölner Dom. Ob in Konkurrenzlage zur gewachsenen Natur der ästhetische Reiz dieser Windräder eine nachhaltige Verbesserung des Landschaftsbildes ist, darüber mag jeder seine persönlichen Präferenzen haben. Mir reicht im Augenblick der Hinweis völlig, dass wir es bei alten wie bei neuen Energien mit dem Zielkonflikt zwischen ökonomischer Effizienz und Erhaltung und Pflege natürlicher Umwelt zu tun haben und dass manche Gleichungen so simpel nicht aufgehen, wie sie jedenfalls in manchem Beitrag zu diesem Thema angeboten werden.

Wir müssen immer wieder neu darüber nachdenken, wie das Zieldreieck von Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Umweltschutz angemessen justiert werden kann und muss – und genau dazu soll die heutige Fachtagung beitragen. Dabei werden wir uns zunächst mit der Frage der Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten beschäftigen, also der Frage, wer hat eigentlich wann was zu entscheiden, wenn es um die Erneuerung des Kraftwerksparks geht. Was ist da über die Unternehmensentscheidungen hinaus, die in Essen und anderswo getroffen werden müssen, an wichtigen

Entscheidungen in der Politik zu erwarten bzw. einzufordern – in Berlin wie in Brüssel?

Schließlich soll in zwei Expertenrunden darüber nachgedacht werden, wie in den beiden Themenfeldern "Energiemix" und "Energieversorgung" auf der einen Seite und "Energieeinsparung" und "Energieeffizienz" auf der anderen Seite, die anderen operativen Fragen in diesem Kräftegleichgewicht angemessen gelöst werden können.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung möchte mit dieser Broschüre zur Versachlichung einer Diskussion beitragen, die immer mit viel Wind, aber nicht immer mit ähnlich viel Kompetenz geführt wird. Ganz sicher hat sie aber eine herausragende Bedeutung für die ökonomischen Zukunftsperspektiven unseres Landes. ■

# **Bausteine einer nachhaltigen Energiepolitik für Deutschland**

---

*Angela Merkel*

Ich danke der Konrad-Adenauer-Stiftung, dass sie sich dieses wichtigen Themas angenommen hat, mit dem sich die Fraktion in letzter Zeit verstärkt beschäftigt hat und dem sich auch die CDU als Partei wieder verstärkt zuwenden wird. Herr Pfeiffer, der stellvertretend für viele anderweitig beschäftigte Abgeordnete dankenswerterweise hier ist, leitet einen Arbeitskreis, der sich mit Thema "Energiepolitik" befassen wird. Ich glaube, dass eine klare und auch mittelfristig planbare Perspektive für die Frage, wie es bei der Energieerzeugung mit dem Standort Deutschland aussieht, von allergrößter Bedeutung für den Wirtschaftsstandort Deutschland ist.

Energie ist und bleibt der Lebensnerv unserer Wirtschaft und Gesellschaft. Man kann Energie sparen, man kann weniger verwenden, sie etwas effizienter verwenden, man kann sie unterschiedlich herstellen, aber zu glauben, irgendetwas in einer modernen Industrienation, auch in einer Wissengesellschaft, würde laufen, ohne dass man über eine fundierte Stromversorgung verfügt, das wäre ein Irrglauben. Energie, das ist so etwas wie Blut in den Adern eines Wirtschaftsorganismus, und mit diesem Blutkreislauf muss man sich intensiv beschäftigen.

Es gibt eine Vielzahl von Entwicklungen im nationalen Energiesektor, die ganz wesentlich geprägt wurden durch Europa und durch internationale Abkommen. Ich begrüße es daher sehr, dass in Vertretung der Kommissarin Herr Schwaiger heute hier ist. Frau Palacio hat sich in den letzten Jahren in sehr eindeutiger und nicht immer unwidersprochener Weise dafür eingesetzt, dass der Wettbewerbsrahmen und ordnungspolitische Grundsätze im Bereich der Energiepolitik in Europa wieder ein Zuhause haben.

Die Frage, ob Wettbewerb in allen Mitgliedstaaten vergleichbar funktioniert, entscheidet heute auch über die Frage, wer als Energiestandort gerade unter dem Gesichtspunkt der Effizienz in Frage kommt, oder ob letztlich staatliche Hände über den Erzeugungsstandorten darüber den Ausschlag geben, wer überleben und wer nicht überleben kann. Deshalb ist es von allergrößter Bedeutung, dass wir faire Wettbewerbsbedingungen in Europa haben. Wir wissen alle, dass Bereiche, die aus dem staatlichen Energiesektor kommen oder lange Zeit keinem hartem Wettbewerb ausgesetzt waren, weiter dereguliert werden müssen. Es nützt keinem, wenn wir in Deutschland bei der Liberalisierung der Energiemarkte voraus sind, allen anderen Staaten aber hinterher hinken. In Frankreich, bei unseren Nach-

barn, gibt es Bestrebungen, die staatlichen Einflüsse auf wundersame Art und Weise so zu lenken, dass immer wieder erstaunliche Erfolge für das Land dabei herauskommen, was uns dann natürlich verunsichert. Da ist die Europäische Kommission als Wächter der Wettbewerbsregeln in vielen Bereichen gefordert, unter anderem auch im Bereich der Energiepolitik.

Die Europäische Union hat das Kyoto-Protokoll ganz wesentlich mit verhandelt, war immer einer der treibenden Kräfte bei den Verhandlungen. Sie hat dafür gesorgt, dass dieses Protokoll letztlich zustande gekommen ist. Ich bin in dieser Zeit selbst mit dabei gewesen. Unsere Erwartung war natürlich, dass dieses Kyoto-Protokoll dann auch von der internationalen Staatengemeinschaft ratifiziert werden wird. Ein Kyoto-Protokoll, das weder von Russland noch von Amerika ratifiziert wird, kann nach den internationalen Gegebenheiten nicht in Kraft treten. Damit stellt sich dann natürlich die Frage für Europa, ob die damals verabschiedeten Regelungen überhaupt noch durchführbar sind, oder bestimmte Mechanismen nicht neu durchdacht werden müssen.

Was sind eigentlich unsere europäischen Interessen? Wir haben ja viel auszusetzen an den Vereinigten Staaten von Amerika – manchmal mit Recht, manchmal unbegründet. In der Frage des Klimaschutzes habe ich mich viel über die amerikanische Politik geärgert, das ist überhaupt keine Frage. Aber unser Interesse muss doch sein, diejenigen Staaten, die noch nicht überzeugt sind, davon zu überzeugen, dass dieses Kyoto-Protokoll richtig ist. Da ist Russland zu nennen – und deshalb finde ich es gut, dass sich die Kommission heute konkret damit beschäftigt: ein schwieriger Partner, den man erst einmal dafür gewinnen muss. Ich weiß, dass das sehr schwer werden wird, weil Russland auch zu den Staaten gehört, die ihre strategischen

Interessen sehr gut definieren können. Europa muss auch erst mal zur Formulierung der gemeinsamen Interessen kommen, und die können sich nicht auf eine Facette der Energiepolitik alleine beschränken, z.B. die Umweltverträglichkeit, sondern wir müssen uns dabei auf die Gesamtheit der Zielvorstellungen berufen. Europa muss auf Russland politischen Druck ausüben, dass es zur Ratifizierung des Kyoto-Protokolls beiträgt.

Europa hat sich außerdem vorgenommen, den Anteil der erneuerbaren Energien am Energiemix bis zum Jahre 2010 zu verdoppeln, das heißt für Deutschland, auf einen Anteil von 12,5 % zu steigern. Das ist auch eine Verpflichtung, die sozusagen über dem reinen Wettbewerbsgedanken hinaus jetzt eines unserer vorrangigen Ziele ist. Europa hat darauf geachtet, dass die Liberalisierung der Energiemarkte und die Aufrechterhaltung des Wettbewerbs abgesichert wird durch rechtliche Regelungen, die für alle Anbieter einen freien Netzzugang für Strom und Gas sicher stellen. Solche Regelungen müssen in den Mitgliedstaaten bis Mitte dieses Jahres vorliegen, und auch darüber gibt es ja in Deutschland eine heiße Debatte.

In Deutschland ist die Situation so, dass wir immer auf einen Energiemix gesetzt haben, und ich finde, dass wir damit gut gefahren sind. Die jetzige Bundesregierung ist von dieser Position ohne Not abgewichen, denn sie hat einen festen Bestandteil in diesem Energiemix, nämlich die Kernenergie, im Grunde zum Auslaufen verdammt. Das macht sich im Augenblick noch nicht so bemerkbar, wird aber bei der Erfüllung der CO<sub>2</sub>-Minderungsverpflichtung natürlich eine ganz wesentliche Rolle spielen, denn 30 % unseres Stroms werden auf der Basis von Kernenergie erzeugt, und das ist nicht zu vernachlässigen. Man kann noch so viele Feiern mit Steuergeldern

in Stade veranstalten, wenn ein Kernkraftwerk abgeschaltet wird – das löst uns das CO<sub>2</sub>-Problem immer noch nicht.

Grob fahrlässig ist, was der Bundesumweltminister jetzt im Bereich der Entsorgung macht, nämlich nichts als Verhinderung und Verzögerung, wenn ich nur an Schacht "Konrad" denke oder an Gorleben. "Konrad" ist im Übrigen für schwach radioaktive Materialien konzipiert worden. Man muss sich mal überlegen, es gibt in Deutschland kein Endlager für all das, was in der Medizintechnik und anderen Bereichen anfällt. Immer wieder wird versucht, diese Prozeduren zur Betriebsgenehmigung zu verzögern, nur um sozusagen sich selbst den Beweis zu erbringen, dass eine bestimmte Art von Energieerzeugung nicht akzeptabel ist. Das hat mit einer rationalen Betrachtung der Energiepolitik nichts zu tun. Ich persönlich halte es für grob fahrlässig, auch mit Blick auf Russland und unsere mittel- und osteuropäischen Nachbarn, den Ausstieg aus der Kernenergie, der ja verbunden ist mit einem Verlust an Know-how in der Technologie und in der Ausbildung von Fachkräften, in einer Zeit zu vollziehen, wo wir wissen, dass in Russland noch 15 bis 17 Kernkraftwerke vom Typ Tschernobyl am Netz sind, und wo es dringend erforderlich wäre, dass die Sicherheitstechnologie dort verbessert wird. Ein Land, das selbst die Kernenergie nicht mehr nutzt, wird niemals anderen Ländern Hinweise geben können, wie sie ihre Sicherheitstechnologie verbessern sollten. Es bleibt zu erwähnen, dass China zwischen 15 und 20 neuen Kernkraftwerken bauen wird, selbst Finnland baut ein neues. Wir dürfen uns die Welt nicht so zurecht malen, wie wir sie gerne hätten, dass die Kernenergie weltweit eine Art der Energieerzeugung wäre, die zum Aussterben verdammt ist. Es ist nicht so, und wir verschleudern hier ohne Not in einem wirklich hochtechnologischen Bereich das

Kapital unserer fachlichen Kenntnisse. Das wird sich eines Tages als ein schwerer Fehler herausstellen, aber das ist leider im Augenblick nicht zu ändern.

In Frankreich liegt der Anteil der Kernenergie an der Stromerzeugung immerhin noch bei 78 %, ist also sehr viel weniger ein Beitrag zu einem bestimmten Mix als vielmehr eine sehr dominante Stellung. In Schweden liegt der Anteil auch immerhin noch bei 46 %. Diese Zahlen sollen illustrieren, wie unsere Nachbarländer mit der Kernenergie umgehen, damit nicht etwa der Eindruck entsteht, wir seien in Europa noch die Einzigen, die mit Kernenergie Strom erzeugen.

Wir brauchen also einen vernünftigen Energiemix – denn, wir haben in Deutschland natürlich auch die Kohle und das Erdgas. Ich glaube, der Energiemix ist deshalb so wichtig, weil wir nicht in falsche strategische Abhängigkeiten geraten dürfen. Die Planungsunsicherheit, die ja für viele Stromerzeuger immer dominanter geworden ist, übt einen gewissen Druck aus in Richtung auf den Bau von Kraftwerken, die eine schnelle Amortisierung ermöglichen. Da ist das Gas ein sehr guter Energieträger, aber ich warne die Politik davor, die Rahmenbedingungen so zu setzen, dass die Energieerzeuger geradezu gezwungen werden, sich auf einen einzigen Energieträger zu konzentrieren, der uns zum Schluss in strategische Abhängigkeiten hineinmanipuliert, die ich langfristig nicht für gut halte. Wir sind kein Land, das selber über Erdgas verfügt, das heißt, wir geraten dann in Abhängigkeiten zum Beispiel von Russland. Das ist bis zu einem gewissen Maße in Ordnung, da soll man ruhig verhandeln, aber ich möchte ungern in eine einseitige Abhängigkeit an dieser Stelle geraten. Langfristig können wir das dann nämlich nur über Jahrzehnte auch wieder ändern.

Zu diesem Energiemix werden dann mit 12,5 % auch die erneuerbaren Energien gehören. Da dominiert die Windenergie, die so eine Art Siegeszug über deutsche Hügel gemacht hat. Dieser Triumph macht uns blind vor der Tatsache, dass nach wie vor die Windenergie eine subventionierte Energie ist; das heißt, es ist nicht möglich mit Hilfe der Windenergie heute bereits rentabel Strom zu erzeugen.

Wir haben uns nun im Zusammenhang mit der Neufassung des Erneuerbaren Energiegesetzes in unserer Fraktion sehr intensiv mit der Frage einer einheitlichen Haltung zur Zukunft der erneuerbaren Energie beschäftigt. Erneuerbare Energien sind notwendig, denn sie haben eine Zukunft. Aber auch bei ihnen halte ich es für notwendig, ein möglichst diversifiziertes Angebot zu haben. Es ist außerdem dringend erforderlich, dass wir erneuerbare Energien dahingehend fördern, dass ihre Rentabilität sich schrittweise verbessert. Wir dürfen nicht in eine Dauersubvention hineingeraten, die uns dann wieder in finanzielle Abhängigkeiten bringt, mit negativen Auswirkungen auf den Strompreis.

Wenn wir uns die Kosten angucken, dann müssen wir nämlich feststellen, dass die staatlich verursachten Belastungen der Strompreise in Deutschland von 2,2 Mrd. Euro im Jahre 1998 inzwischen um das Fünffache auf 12,3 Mrd. Euro im Jahr 2003 angestiegen sind. Das heißt nichts anderes, als dass im Grunde der gesamte Liberalisierungsgewinn, also das, was an Strompreissenkungen durch die Liberalisierung möglich geworden ist, aufgefressen wurde durch staatliche Auflagen und andere Restriktionen. Heute haben die Energiepreise schon fast wieder das gleiche Niveau erreicht wie vor der Liberalisierung.

Wenn wir den Anteil der erneuerbaren Energien verdoppeln wollen, dann müssen wir uns natürlich fragen, wie viel zusätzliches Geld wir da hineinstecken wollen. Im Grunde genommen subventionieren wir diese Energieform, wenn wir einen Betrag leisten, der über dem Durchschnittspreis der konventionellen Energieträger liegt. Sie können das beliebig teuer machen. Sie können an jede Stelle ein Windkraftrad stellen, auch dort, wo Sie nur eine Ausbeute von 30-40 % haben, gemessen an den guten Windkraftstandorten. Das können Sie alles machen, aber die Frage ist, wie viel zusätzliches Geld Sie dem Bürger denn aufbürden wollen, um dieses Experiment zu bezahlen. Darüber muss eine gesellschaftliche Diskussion geführt werden, und die kann natürlich nicht nur mit denen geführt werden, die inzwischen ein Windrad besitzen. Diese sind im Allgemeinen recht zufrieden, denn Sie haben gesicherte Absatzmärkte über die nächsten 20 Jahre. Inzwischen sind clevere Gemeinden auch Besitzer von Windparks, weil bei Ausbleiben der Gewerbesteuer immerhin für 20 Jahre die Einnahmen aus dem Windpark doch eine gewisse Entlastung zeitigen können. Wir müssen schon aufpassen, was wir mit unserem Geld machen.

Da muss die Förderung – das ist mein Credo – degressiv gestaltet werden und sicherstellen, dass wirklich technische Fortschritte gemacht werden. Ich kann nicht zu jedem beliebigen Zeitpunkt einer bestimmten technischen Entwicklungsstufe beliebig viele Windräder installieren, weil ich dann mit einem mitteltechnischen Fortschritt schon riesige Summen ausgegeben habe, obwohl ich weiß, dass in zwei bis vier Jahren die Technik viel besser sein wird.

Deshalb halte ich längerfristig den heutigen Modus, dass jeder Zugang zu den Subventionen hat, nicht für den richtigen Weg, um die erneuerbaren

Energien zu fördern. Auch Ausschreibungsmodelle, wie sie zum Beispiel in Großbritannien praktiziert wurden, führen nicht immer zum Ziel, weil dann zum Teil die großen Energieversorger die Ausschreibungen gewinnen, aber oft jahrelang warten, bis sie die Investitionen dann auch wirklich realisieren. Das heißt, es wird ein virtueller Topf erzeugt von erneuerbaren Energien, der aber nie in die Praxis umgesetzt wird. Es ist also nicht ganz einfach, hier die richtigen Mechanismen zu finden. Wir haben mal gesagt, wir dürfen nicht mehr für die Verdoppelung der erneuerbaren Energien ausgeben als vier bis fünf Milliarden Euro. Sie können das auch für zehn Milliarden Euro machen, aber dann müssen wir die verschiedenen Energieträger damit fördern.

Bei den erneuerbaren Energien gibt es solche, die sind grundlastfähig, und auch solche, die es nicht sind. Wenn Sie mit Biomasse ein Kraftwerk betreiben, wissen Sie, dass dann auch zu jedem beliebigen Zeitpunkt Strom fließt. Beim Windkraftwerk wissen Sie nicht, ob zu dem Zeitpunkt, wo Sie den Strom brauchen, auch wirklich Strom rauskommt. Windkraftwerke haben dann noch zum Teil den Nachteil, dass sie besonders gut dort funktionieren, wo besonders wenig Menschen wohnen. Das wird ein besonders großes Problem bei den Offshore-Anlagen.

Sie können also nicht einfach nur den Erzeugungspreis nehmen, sondern müssen sich dann auch Gedanken darüber machen, wie Sie den Strom, den Sie erzeugen, vom Meer oder von den Küstenregionen dahin bringen, wo die Energie gebraucht wird. Das ist kein triviales Problem. Über Netzverhältnisse spricht man ungern, darum kümmert sich eigentlich der Energieerzeuger, und daran hat man sich gewöhnt. Aber die Fragen, wie die Netze funktionieren, was sie kosten, was ihre Erneuerung kostet, was ihre Belast-

barkeit ist, wie groß die Verluste über längere Transportstrecken sind, sind wichtig. Sie berühren technische Details, die von allergrößter Bedeutung sind.

Der Nachteil der Windkraftwerke ist, dass sie immer ein Ersatzkraftwerk benötigen, was in Bereitschaft stehen muss, falls der Wind nun gerade nicht weht, wenn der Strom gebraucht wird. Das heißt, im Gegensatz zu den grundlastfähigen Energieträgern sind die nicht grundlastfähigen Energieträger wie die Windkraft und die Sonnenenergie – denn auch die Sonne scheint nicht immer – noch mal in besonderer Weise zu betrachten. Sie sind nach meiner festen Überzeugung nicht als ausschließlich erneuerbare Energieträger zu verwenden.

Damit will ich es dann auch, was die erneuerbaren Energien anbelangt, beenden lassen. Wir haben jetzt Vorschläge gemacht für einen Zeitraum bis Ende 2006, weil wir gesagt haben, wir müssen eine Verzahnung der verschiedenen energiepolitischen Instrumente hinbekommen. Das ordnungspolitisch dominante Instrument ist in Zukunft natürlich der Handel mit den Zertifikaten für CO<sub>2</sub>-Emissionen. Dieser Emissionshandel kann, wenn er gut funktioniert, alle anderen Lenkungsinstrumente, wie z.B. die Ökosteuer, ersetzen. Wir müssen jetzt abwarten, ob und wie das alles funktioniert, um zum Schluss dann nicht doppelt und dreifach gegenzusteuern und damit die Effizienz der eigenen Lenkungsinstrumente immer wieder in Frage zu stellen.

Deshalb haben wir gesagt, wenn die Erprobungsphase des Handels mit CO<sub>2</sub>-Zertifikaten beendet ist, dann muss auch überlegt werden, in welcher Art und Weise die Förderung erneuerbarer Energien weitergeführt wird.

Das stößt bei denen, die sich für erneuerbare Energien interessieren, nicht überall auf Interesse. Wir bekennen uns zu den erneuerbaren Energien, aber auch die Förderung erneuerbarer Energien muss sich einfügen in das Gesamtinstrumentarium, das wir anwenden, um das Oberziel zu erreichen, nämlich CO<sub>2</sub>-Emissionen einzusparen. Es wird sich natürlich herausstellen, dass das Sparen von Energie, z. B. die bessere Isolation von Wohnungsbausubstanz, im Grunde der effektivere Weg ist. Leider ist der CO<sub>2</sub>-Zertifikatshandel nur auf die großen Industrieanlagen beschränkt und greift nicht auf die Privathaushalte. Ich glaube aber, dass man gerade in den Privathaushalten nach wie vor mit dem geringsten Geldeinsatz die größten CO<sub>2</sub>-Einsparungen erreichen könnte. Genau darüber werden wir uns weiter Gedanken machen müssen.

Wenn wir das alles in Betracht ziehen, dann kommt es jetzt für Deutschland sehr zentral darauf an, den Handel mit CO<sub>2</sub>-Emissionen sinnvoll durchzuführen. Wenn ich sinnvoll sage, dann heißt das, vergleichbar auch, was den Wettbewerb mit unseren europäischen Nachbarn betrifft. Es ist viel debattiert worden über den so genannten nationalen Allokationsplan, mit dem ja über 2.000 Anlagen sozusagen ihre Zuteilungen bekommen. Ich denke, es ist richtig, dass man in der Testphase noch keine Einsparvorgaben gemacht hat, weil die Testphase wirklich dazu dienen soll, einen Überblick zu bekommen, wie das Ganze funktioniert. Und wir können ja auch darauf zurück blicken, dass wir von den notwendigen 21 % CO<sub>2</sub>-Emissionseinsparungen bis zum Jahre 2010 bereits 19 % erreicht haben. Darauf darf man sich nicht ausruhen, denn wenn es Wirtschaftswachstum gibt, ist die Gefahr, dass die Emissionen wieder steigen, natürlich groß.

Auch im Verkehrssektor, der hier nicht berücksichtigt worden ist, kann man nicht davon ausgehen, dass die Emissionen einfach konstant bleiben. Nun beginnt natürlich die Auseinandersetzung im Detail und die ist ausgesprochen schwierig, wenn man sich das mal im Einzelnen anguckt. Wie zum Beispiel Einsparaktionen aus den vergangenen Jahren bewertet werden bei der Zuteilung der CO<sub>2</sub>-Zertifikate ist ein hoch interessanter Punkt. Das wird ja mit dem ganz und gar nicht volksnahen Begriff "early action" abgehandelt, man meint damit frühere unternehmerische Maßnahmen. Diese in der Vergangenheit getroffenen Maßnahmen zur Emissionsminderung werden zum Teil eben nicht fair angerechnet und darüber ist in den einzelnen Branchen natürlich ein ziemlicher Konflikt entbrannt. Insbesondere, und das sage ich mit allem Nachdruck, muss man aufpassen, dass die neuen Bundesländer hier nicht sozusagen doppelt belastet werden. Erst haben sie durch vorgenommene Werksschließungen den größten Teil der Reduktion erbracht, und jetzt müssen sie sozusagen im Wettbewerb mit der nordrhein-westfälische Stahlindustrie zusehen, dass sie ausreichend CO<sub>2</sub>-Zertifikate bekommen.

Ein großer Teil der Verunsicherung innerhalb der deutschen Wirtschaft und des Frustes, der sich da angesammelt hat, basiert natürlich darauf, dass Jahr für Jahr den Leuten andere Instrumente nahe gelegt wurden. Als ich Umweltministerin war, haben wir gerade den Weg der Selbstverpflichtung gefunden. Der ist gerade von der chemischen Industrie in ganz besonderer Weise auch gegangen worden mit sehr großem Erfolg. Allerdings schwang auch immer die Keule des ordnungspolitischen Instrumentariums einer Wärmeschutzverordnung über ihren Köpfen. Die wurde damals nicht in Kraft gesetzt, statt dessen wurde das intelligenter Instrument der Selbst-

verpflichtung gefunden. Wenn dann aber kurz danach die Ökosteuer kommt, und kurz nach der Ökosteuer dann noch die CO<sub>2</sub>-Emissionszertifizierung kommt, dann sagen die Leute natürlich, am besten kommt immer derjenige weg, der sich möglichst lange überhaupt nicht bewegt, weil er dann keine Mühe hat, das nächste Ziel zu erfüllen und seine Reserven nicht schon aufgebraucht hat. Das ist eine ganz unschöne Art und Weise, die sich da breit macht und die letztlich die Kooperationsbereitschaft von Wirtschaft und Gesellschaft nicht gerade erhöht.

In der Energiepolitik bewegen wir uns immer im Zieldreieck von Wettbewerbsfähigkeit, Versorgungssicherheit und Umweltverträglichkeit. Dabei haben wir darauf zu achten, dass Effizienz und Wettbewerbsfähigkeit natürlich auch durch den notwendigen Wettbewerb mit den einzelnen Energieversorgern erzeugt wird. Hier gibt es eine Menge übler Nachrede, eine Menge von Anstrengungen und auch eine ganze Menge von Versuchen, die eigenen Privilegien noch so lange zu retten, wie sie irgendwie zu retten sind.

Wir haben damals bei der Einführung von mehr Wettbewerb innerhalb der Energiebranche lange darüber geredet: Brauchen wir eine Regulierungsbehörde oder geht das durch eine freiwillige Verbändevereinbarung? Es wird jetzt zu einem Regulator kommen für den Strom- und Gasmarkt, und ich glaube, wir haben im Bereich der Telekommunikation mit Regulation im Grunde auch recht gute Erfahrungen gemacht. Man kann also nicht sagen, das muss misslingen, aber man muss natürlich aufpassen, dass es auch hier insgesamt fair zugeht.

Ich persönlich trete dringend dafür ein alles zu tun, damit Deutschland weiterhin ein Standort der Energieerzeugung bleibt. Es ist innerhalb der Europäischen Union bei aller internationalen Verflechtung nicht naturgegeben, dass Deutschland zu jeden Konditionen, egal was die Politik macht, auch ein solcher Standort bleiben wird. Deshalb wird es darauf ankommen, wirklich vernünftig und nachvollziehbar eine Energiepolitik zu machen, die vor allen Dingen den Unternehmen eine hohe Planungssicherheit zugesteht, damit sie ihre Innovationen auch wirklich realisieren können.

Die Erneuerung des Kraftwerksparks ist natürlich eine der ganz großen Effizienzverbesserungen im Energiesektor. Wenn dann aber die falschen „Benchmarks“ gesetzt werden, wenn z.B. das Erdgas eben als der beste Energieträger implizit gehandelt wird, dann darf man sich nicht wundern, dass man die Energiewirtschaft politisch in eine bestimmte Richtung drängt, von der man später einmal sagen wird, dass sie nicht die richtige war. Deshalb bedarf es auch in den nächsten Jahren vieler Anstrengungen, die notwendige Wettbewerbsfreiheit in Deutschland zu sichern bei allen Fragen der Umweltverträglichkeit und auch der Nachhaltigkeit einer Energieversorgung.

Ich kann nur sagen, dass uns ideologische Herangehensweisen wie die des Bundesumweltministers an dieser Stelle nicht aus der Patsche helfen werden; sie werden Deutschlands Energiestandort schweren Schaden zufügen. Deshalb wir auch im Geiste den Bundeswirtschaftsminister eher unterstützt, auch wenn wir das als Opposition nur in Notfällen tun, als er versucht hat das Schlimmste bei der CO<sub>2</sub>-Zertifizierung zu verhindern. Es ist eine Regelung geworden, die insbesondere gut ist für die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen, das ist schon mal eine Menge, denn Nordrhein-

Westfalens Gegenstimme im Bundesrat hätte zu einer Zweidrittelmehrheit geführt, die das Gesetz, was kein Zustimmungsgesetz ist, verhindert hätte. Damit ist wenigstens die Stahlindustrie in Deutschland ganz gut weggekommen. Herr Maichel kann erzählen, wie RWE und andere Energieerzeuger das Ganze beurteilen, aber auch am Beispiel der Stahlindustrie kann man genau sehen, was man anrichten kann, wenn man einen solchen CO<sub>2</sub>-Zertifikatshandel falsch anpackt. Wenn Sie einen Wirkungsgrad von fast 100 % bei der Stahlerzeugung haben, dann können Sie eben in bestimmten Prozessbereichen keine Energie mehr einsparen. Sie werden auch durch noch so schöne Forderungen nach CO<sub>2</sub>-Einsparung nicht chemische Prozesse umändern können, die einen bestimmten Wärmeverbrauch oder eine bestimmte Wärmeabstrahlung haben. Insofern ist es sinnlos, bei der Stahlindustrie eine bestimmte Reduktionsverpflichtung vorzugeben, weil Sie damit die Naturgesetze überlisten müssten, was einfach nicht geht. Wenn Sie Reduktionsverpflichtungen gießkannenartig auf jeden übertragen, dann kommen Sie zu dem Ergebnis, dass Sie nur noch die Hochöfen in Deutschland oder Europa abbauen und irgendwo anders auf der Welt aufbauen können. So kann ja nicht ernsthaft die europäische Vorgehensweise sein, wenn man jetzt CO<sub>2</sub>-Emissionen in Europa einsparen will.

Um dieses letztlich durchzusetzen, darüber hat es eine bedauerlich lange Diskussion gegeben. Wie viele Stunden damit wieder verschwendet wurden, ist schon beachtlich, aber unsere Neigung, uns mit den nicht ganz so wichtigen Sachen viel zu lange aufzuhalten ist ja weltweit bekannt.

Ich will abschließend sagen: Wir müssen uns auch weiterhin den anderen Emissionsbereichen zuwenden, nicht nur der Wirtschaft und der industriellen Erzeugung und Verwendung von Strom, sondern wir müssen uns auch dem Verkehrssektor zuwenden. Das ist relativ schwieriges Terrain. Im Verkehrsbereich ist es gelungen, eine aus meiner Sicht vernünftige Selbstverpflichtung der europäischen Automobilindustrie hinzubekommen, die den durchschnittlichen Kraftstoffverbrauch der Gesamtflotte jedes Herstellers senken wird in den nächsten Jahren. Das hat letztlich dazu geführt, dass viele Autohersteller sich in diese Richtung bewegen.

Wir werden uns auch den Privathaushalten zuwenden müssen. Allerdings muss man sagen, dass die Ökosteuer eines der ungenauesten Lenkungsinstrumente ist, was die Zielerreichung betrifft. Die Ökosteuer ist letztlich, was ihre Wirkung auf die gezielte CO<sub>2</sub>-Einsparung anbelangt, ein sehr streubreites Instrument. Deshalb glaube ich nach wie vor, dass Anreize insbesondere im Wärmedämmungsbereich uns für die nächsten Jahre noch große Möglichkeiten bieten würden, hier in gewisser Weise die Reduktionen von CO<sub>2</sub>-Emissionen hinzubekommen.

Ich wünsche der Konrad-Adenauer-Stiftung, dass sie heute die verschiedenen Facetten von Wettbewerbsfähigkeit, Versorgungssicherheit, europäischem Recht und Wettbewerb in Europa betrachtet. Ich hoffe, dass die Ergebnisse uns auch helfen, indem sie einfließen in unsere politische Arbeit. Wir wissen, dass Energiepolitik eine Politik ist, die sehr schwer in einer Volkspartei zu vermitteln ist, weil die Profiteure der unterschiedlichen Sorten von Energieerzeugung natürlich sehr regional verteilt sind. Da, wo die große Wasserkraft zu Hause ist, ist die kleine Wasserkraft nicht zu Hause ist, und dort, wo der Wind gut bläst, ist meistens keine Kohle vorhanden. Das heißt, wir haben sehr diversifizierte regionale Interessen, die Sie dann

in einer Energiepolitik zusammenbringen müssen. Bei der Befriedigung aller Interessen droht dann immer die Ordnungspolitik zum Schluss etwas zu kurz zu kommen, aber dann haben wir noch die Energieerzeuger, die uns ab und an wieder auf den Pfad der Tugend zurückführen. In diesem Sinne ist es gut, dass alle Beteiligten heute hier zusammensitzen. ■



# **Energiepolitik als Gemeinschaftsaufgabe der EU**

---

*Loyola de Palacio*

Ich freue mich, heute bei der Konrad Adenauer-Stiftung zum Expertenforum für Energie- und Umweltfragen sprechen zu können.\* Bei meinen Aus-

---

\* Die Ausführungen der EU-Kommissarin wurden von ihrem offiziellen Vertreter, Dr. Peter Schwaiger, in deutscher Sprache vorgetragen.

führungen werde ich das Hauptaugenmerk auf die gemeinsame Verantwortung für einen nachhaltigen Energiemarkt in Europa richten.

Die Herausforderungen, denen sich Europa im Energiesektor gegenüber sieht, sind beträchtlich. Die drei wichtigsten Ziele der Gemeinschaft im Bereich der Energiepolitik, die wir immer gegeneinander abwägen müssen, sind:

- die Entwicklung von Wettbewerb und die Vollendung des Energiebinnenmarktes
- die Sicherheit und Kontinuität der Energieversorgung und
- der Schutz der Umwelt

Im Verlauf meiner Stellungnahme werde ich in besonderem Maße auf die Notwendigkeit von Energieinvestitionen und die Bewältigung von Herausforderungen zum Umwelt- und Klimaschutz eingehen. Aus Sicht der Europäischen Kommission möchte ich Ihnen einige Überlegungen zu den folgenden Themen vorstellen:

1. Vollendung des gemeinsamen Binnenmarktes
2. Wie können wir unsere Energieversorgung sicherstellen?
3. Wie können wir Investitionen im liberalisierten Binnenmarkt sicherstellen?
4. Wie begegnen wir den Herausforderungen des Umweltschutzes?

### **1. Vollendung des gemeinsamen Energiebinnenmarktes:**

Die Entwicklung des Wettbewerbs und die Vollendung des Binnenmarktes haben bedeutsame Fortschritte gemacht mit der Annahme der geänderten

Richtlinien zur Liberalisierung der Strom- und Gasmärkte im vergangenen Jahr. Diese Richtlinien werden von den Mitgliedsstaaten bis zum 1. Juli dieses Jahres in nationales Recht umzusetzen sein. Es ist wichtig, dass alle Mitgliedstaaten diese Frist einhalten. In Europa haben wir bereits den größten und am weitestgehend integrierten regionalen Markt in der Welt und dieser Prozess muss weiter verfolgt werden, um den Strommarkt zu einem wahrhaften europäischen Binnenmarkt werden zu lassen.

Vom Juli 2004 an werden alle Unternehmen innerhalb der Europäischen Union frei ihren Elektrizitäts- und Gasversorger wählen können. Vom Juli 2007 an werden alle Kunden, einschließlich der Haushalte, die freie Wahl ihrer Anbieter haben. Diese Öffnung wird von einer ganzen Reihe struktureller Maßnahmen begleitet, um ein wettbewerbsfreundlicheres Funktionieren des Marktes zu erreichen. Lassen Sie mich Ihnen die wichtigsten nennen:

- Ein stärkeres Maß an Unabhängigkeit der Netzbetreiber, denn die Netzbetreiber haben den Schlüssel zum Markt und sollen einzig im Interesse dieses Marktes agieren. Die Betreiber von Hochspannungsnetzen werden eine eigenständige Rechtspersönlichkeit haben. Sie benötigen darüber hinaus ein hohes Maß an funktionaler Unabhängigkeit, um ihrerseits die Unabhängigkeit des Managements sicherzustellen. Das gleiche wird für die Endverteilung gelten.
- Zugang zu Netzen wird ausschließlich auf der Basis einer Regulierung gewährt. Der Zugangstarif und die Zugangsbedingungen, ebenso wie die Ausgleichstarife und Ausgleichsbedingungen müssen vor deren In-

krafttreten veröffentlicht und von der Regulierungsbehörde genehmigt werden.

- Alle Mitgliedsstaaten müssen solch eine Regulierungsbehörde einrichten, die darüber hinaus mit einem Minimum an Regulierungskompetenzen bezüglich der Netzzugänge ausgestattet ist. Sie sollte auch die Macht haben, schnell über Beschwerden zu entscheiden, und sie kann die Netzwerkbetreiber verpflichten, ihre Tarife oder Bedingungen zu ändern.

Aber unser Ziel ist es nicht, einfach nur den Energiemarkt zu öffnen. Diese Öffnung muss auch der Sicherstellung der Energieversorgung der Europäischen Union dienen.

## **2. Wie können wir unsere Energieversorgung sicherstellen?**

Sicherheit der Energieversorgung bedeutet sowohl die ununterbrochene Verfügbarkeit von Energieressourcen als auch die Sicherstellung der Verteilung an die Kunden. Es gibt keine Verknappung von konventionellen Energieträgern in der Welt, allerdings wird die Europäische Union mehr und mehr abhängig von Importen, in Zahlen ausgedrückt, ungefähr zu 70 Prozent bis 2020. Ein wesentlicher Teil dieser Importe kommt aus Ländern, die als politisch nicht völlig stabil anzusehen sind. Diese Situation muss gut gehandhabt werden. Erste Verbesserungen sind bereits zu verzeichnen. Unter anderem gibt es ein Mehr an Solidarität und Gemeinsamkeit in der Energiepolitik innerhalb der Europäischen Union, als dies noch zu der Zeit der ersten Ölkrise zu Beginn der 1970er Jahre der Fall war. Wir haben auch die Dialoge zwischen Produzenten und Konsumenten intensiviert sowie

einen strukturierten Energiedialog mit Russland und auch mit den Mittelmeerländern aufgebaut.

Die Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit wird weiterhin eine zentrale Herausforderung für den Binnenmarkt bleiben. Die installierte Stromerzeugungskapazität in der Europäischen Union der 15 muss zwischen dem Jahr 2000 und 2030 um 370.000 MW steigen. Zur gleichen Zeit besteht eine große Notwendigkeit, viele alte Anlagen stillzulegen. Gleichzeitig sind immense Investitionen in Pipelines, LNG-Terminals und Speicher notwendig, damit genügend Gas von Drittstaaten in den EU-Markt gelangen kann.

Vom Standpunkt der Energieversorgungssicherheit aus betrachtet ist es wichtig, dass wir ein ausgeglichenes Portfolio zur Stromerzeugung in Europa aufrechterhalten und Optionen wie die Kernenergie und die Kohle hiervon nicht ausschließen. Für die Zukunft gilt, nicht von einem einzigen Energieträger bei der Elektrizitätsgewinnung abhängig zu werden.

Ich möchte unterstreichen, dass der europäische Energiemarkt ein hohes Niveau der Daseinsvorsorge sicherstellen wird, indem er besonders das Universalkonzept bei Strom anerkennt und von Mitgliedsstaaten und der Kommission fordert, die Energiesicherheit einem Monitoring zu unterziehen. In der Tat berücksichtigen die neuen Richtlinien für Elektrizität und Gas zentrale Fragen der Daseinsvorsorge in einem stärkeren Masse als irgendeine andere Rechtsetzung der Gemeinschaft. Insbesondere Strom ist aber ein Produkt wie kein anderes. Unternehmen und private Haushalte gehen von der Annahme aus, dass eine konstante Elektrizitätsversorgung garantiert ist. Sollte dies einmal nicht der Fall sein, ist der Ärger darüber sehr

groß. Wie vielfach diskutiert und auch im Grünbuch über die Energieversorgungssicherheit und in der ersten Mitteilung zur Infrastruktur seitens der Europäischen Kommission angesprochen, hängt die Erreichung der Ziele stark von der Höhe der Investitionen ab. Dies stellt einer der größten Herausforderungen des Europäischen Energiemarktes dar.

Grosse Stromausfälle sowohl in den USA als auch in der EU haben im Jahr 2003 gezeigt, wie eng wir miteinander verbunden sind. Wir können es uns deshalb nicht leisten, dass sich einzelne Verbindungselemente in der Kette der Elektrizitätsversorgung verschlechtern. Jedes Element muss korrekt funktionieren, weil ansonsten das gesamte System dadurch gefährdet werden könnte. Für die Stromausfälle letztes Jahr in Europa kann nicht der Prozess der Markttöffnung verantwortlich gemacht werden. Besondere die Ereignisse in der Schweiz und Italien gehen weitestgehend auf die fehlende Kommunikation zwischen den Betreibern der Überlandnetze zurück. Dies ist nicht hinnehmbar, ungeachtet der Tatsache, ob der Elektrizitätsmarkt nun geöffnet ist oder nicht.

Die Einführung der Markttöffnung für Elektrizität und Gas ist ein fortschreitender Erfolg. Wenn die Mitgliedsstaaten die neuen Richtlinien über Strom und Gas korrekt umsetzen, werden die Verbraucher auch von einem transparenteren Markt profitieren. Die Industrie ist bereits auf dem Wege, effizienter zu werden.

### **3. Wie können wir Investitionen in einem liberalisierten Markt absichern?**

Diese Ereignisse sollten uns jedenfalls dazu bringen, über die Auswirkungen des neuen Rechtsrahmens auf die Sicherheit der Energieversorgung nachzudenken. Es ist insbesondere klar, dass der Wettbewerb die Art und Weise ändern wird, wie Investitionen im Elektrizitäts- und Gasmarkt getätigt werden. Dies muss von den Mitgliedsstaaten anerkannt werden und jede unnötige Behinderung von neuen Investitionen muss erkannt und beseitigt werden. Die Einführung von Wettbewerb verändert auch das Investitionsklima für die Stromerzeugung. Anstelle einer zentralisierten Regierungsentscheidung werden Investitionen nunmehr aufgrund von Preissignalen getätigt. Wenn sich beispielsweise der Abstand zwischen Erzeugungskapazitäten und Verbrauch verringert, wird der Preis steigen und dies wird neue Investitionen profitabel machen.

Dieser Zusammenhang scheint offensichtlich und zeigt wie die gesamte Energiewirtschaft funktioniert. Der Strommarkt ist aber von einer Reihe von Besonderheiten geprägt, die dazu führen, dass der Markt sich nicht völlig selbst überlassen werden kann. Ein wichtiger Punkt ist der Vorsorgecharakter der Elektrizitätsbereitstellung für alle Verbraucher. Die Binnenmarktrichtlinie für Strom sieht deshalb bereits die Möglichkeit von Marktinterventionen in den Bereichen Langzeitplanungen und Ausschreibungsverfahren oder vergleichbare Maßnahmen vor, wenn eine Regierung das Entstehen einer unakzeptablen Angebot-Nachfrage-Situation befürchtet.

Im Dezember 2003 hat die Kommission im Rahmen der sogenannten „Zweiten Mitteilung zur Energieinfrastruktur“ eine Richtlinie zur Sicher-

heit der Elektrizitätsversorgung vorgeschlagen. Die erste Mitteilung vom Dezember 2001 setzte als Ziel einen Verbund der Stromnetze der Mitgliedsstaaten in Höhe von 10% der gesamten Kapazität. Obgleich dieses Ziel vom Ministerrat zu Beginn des Jahres 2002 angenommen wurde, sind bislang nur wenige Fortschritte erzielt worden und höhere Quoten sind nach unserer Überzeugung für viele Länder notwendig, um den Strominnenmarkt voll zu etablieren.

Zusammen mit der neuen Mitteilung vom letzten Dezember sind deshalb eine Reihe von konkreten Vorschlägen unterbreitet worden:

- Die Richtlinie zur Sicherheit der Elektrizitätsversorgung fordert, dass alle Mitgliedsstaaten konkrete Maßnahmen zur Elektrizitätsversorgungssicherheit ergreifen, klare Rollen und Verantwortlichkeiten für verschiedene Marktakteure definieren und ihnen klare Verpflichtungen auferlegen.
- Um den Aufbau einer neuen Infrastruktur zu beschleunigen, ist zusätzlich beabsichtigt, dass den nationalen Regulierungsbehörden die Aufgabe übertragen werden sollte, auf Grundlage einer Empfehlung der Kommission den Bau neuer grenzüberschreitender Verbundnetze vorzunehmen.
- Schließlich haben wir eine Überarbeitung der Richtlinien der Transeuropäischen Energienetze vorgeschlagen, wodurch die Liste vorrangiger Projekte von europäischem Interesse ausgeweitet und auf neuesten Stand gebracht werden soll.

Es gibt bereits sieben vorrangige Projekte für den Ausbau von transnationalen Elektrizitätsnetzen. Zwei davon sind von Interesse für Deutschland: ein Projekt betrifft die Stromverbindung Frankreich – Belgien – Niederlande – Deutschland, das andere umfasst Dänemark – Deutschland – und den geplanten Baltischen Energie-Ring. In Folge der EU-Erweiterung hat die Kommission jetzt vorgeschlagen, zwei weitere Vorrangprojekte für Elektrizität hinzuzufügen, eines hiervon umfasst Netzverbindungen in Zentraleuropa, einschließlich Deutschland, Polen, die Tschechische Republik, Slowakei, Österreich, und Slowenien. Aus Sicht der Kommission ist es schwer verständlich, dass die derzeitige Situation fortbesteht, in welcher neue notwendige Investitionen durch endlose Planungsverfahren behindert werden. Falls notwendig, sollten deshalb Abschnitte der betroffenen Leitungen im Untergrund verlegt werden, um die öffentliche Akzeptanz sicherzustellen.

Wir sind der Auffassung, dass zumindest die Mitgliedsstaaten eine klare und unzweideutige Politik über die Angemessenheit der Elektrizitätserzeugung haben sollten. Dort, wo z.B. der Markt allein für ausreichende Investitionen sorgt, sollten staatliche Stellen nicht intervenieren. Andererseits müssen in den Mitgliedstaaten, die sich die Möglichkeit zur Intervention vorbehalten, die entsprechenden Regeln und Verfahren für alle Marktteilnehmer vollkommen transparent sein. Nur innerhalb dieser Rahmenbedingungen werden Investoren das Vertrauen entwickeln, die beträchtlichen Finanzmittel aufzubringen, die dafür erforderlich sind.

Lassen Sie mich kurz noch das Thema von Investitionen in das Übertragungsnetz ansprechen. Für uns ist dies von wesentlicher Bedeutung für die Entwicklung eines wettbewerbsfähigen Strombinnenmarktes.

Elektrizitätsgesellschaften konsolidieren sich derzeit im nationalen und im europäischen Rahmen. Daran ist per se nichts auszusetzen, allerdings wird die Marktöffnung ohne verbesserte Netzverbindungen zwischen den Mitgliedsstaaten nicht die erwarteten Vorteile mit sich bringen. Trotz dieser Tatsache bemisst sich der grenzüberschreitende Stromhandel noch auf nur 8 bis 9 % des Elektrizitätsverbrauchs.

Auch in Bezug auf die Umweltziele der Europäischen Gemeinschaft sind neue Investitionen wichtig. Falls sich die Erzeugung von Offshore-Windenergie ausbreiten sollte, werden beträchtliche Investitionen für angemessene Netzanbindungen aufgebracht werden müssen. Auch die Ausweitung der Kraft-Wärme-Kopplung macht die Verstärkung des Verteilungsnetzes notwendig.

Ein Schlüsselement der neuen Richtlinie für Elektrizität und Gas ist der regulierte Zugang von Dritten zu den Strom- und Gasnetzen. Nationale Regulierungsbehörden kontrollieren deshalb die Durchleitungsentgelte; ihre Entscheidungen werden indirekt auch das Investitionsniveau in den Netzen beeinflussen. Wir glauben, dass dieser Einfluss ausdrücklich anerkannt werden muss. Regulierungsbehörden und Betreiber von Hochspannungsnetzen müssen deshalb kooperieren, um das notwendige Investitionsprogramm klar festzulegen und um sicherzustellen, dass die Investitionen auch tatsächlich ausgeführt werden und die Investoren angemessene Rückflüsse erhalten. Die Kommission hat deshalb die Europäische Arbeitsgruppe der Energie-Regulierungsbehörden geschaffen, um die Kooperation zwischen den nationalen Regulierungsinstanzen zu verbessern und eine bessere Koordination ihrer Arbeit zu erreichen.

#### **4. Wie können wir Herausforderungen im Umweltschutz meistern?**

Im Energiesektor hat die Kommission eine Anzahl von Initiativen ergriffen, um den Energieverbrauch mit dem Umweltschutz in Einklang zu bringen. Ich möchte hier nur einige davon nennen:

- Die Richtlinie über Erneuerbare Energien, die für die Mitgliedstaaten indikative Ziele zur Stromerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen vorgibt.
- Die Richtlinie über das Energieprofil von Gebäuden.
- Die erst im Januar angenommene Richtlinie über die Kraft-Wärme-Kopplung auf der Grundlage ihrer Umweltvorteile.
- Die Richtlinie zur Förderung von alternativen Treibstoffen im Transportwesen, einschließlich Bio-Treibstoffen.

Die meisten dieser Initiativen werden auch die Weiterentwicklung von einheimischen Energiequellen in Europa vorantreiben und folglich zur Sicherheit unserer Energieversorgung beitragen. Die Kommission bereitet gegenwärtig eine Mitteilung über den Fortschritt bei der Entwicklung von Erneuerbaren Energien auch zur Stromerzeugung vor. Es scheint, dass einige Mitgliedsstaaten die für 2010 gesetzten Ziele zur Elektrizitätserzeugung aus erneuerbaren Energiequellen nicht verlässlich erreichen werden und deshalb noch aktiver werden müssen, um dies sicherzustellen.

Die Kommission hat ebenfalls letzten Dezember eine Verordnung zur Förderung der Effizienz beim Energie-Endverbrauch sowie für Energie-Dienstleistungen vorgeschlagen. Der Zweck dieses Vorschlages ist es, ei-

nen kosteneffektiven und effizienten Endverbrauch von Energie in den Mitgliedstaaten sicherzustellen und zwar durch Harmonisierung, Entwicklung und Förderung des Marktes für Energie-Dienstleistungen, Programmen zur Energieeffizienz und andere Maßnahmen. Der Endenergieverbrauch soll in den nächsten Jahren jeweils um 1% pro Jahr abnehmen. Der Vorschlag will durch das Setzen von Rahmenbedingungen mit gemeinsamen Definitionen, Zielen, Instrumenten und Regeln dazu beitragen.

Überdies unterstützen wir im Rahmen des Programms „Intelligente Energien für Europa“ die Effizienz und die Einsparung von Energie durch das SAVE-Programm und die Erneuerbaren Energien durch das ALTENER-Programm.

Lassen Sie mich abschließend noch einige Worte zur Windkraft und zur Nuklearenergie sagen. Wir wissen alle, dass es eine bemerkenswerte Entwicklung der Windkraft in der Union gegeben hat, nicht zuletzt trifft dies für Deutschland zu. Mitte 2003 waren etwa 24.000 MW an Windenergie in der Union installiert, davon mehr als die Hälfte in Deutschland. Im gleichen Jahr entsprach die EU-Stromgewinnung aus Wind ungefähr 2 % der Elektrizitätserzeugung innerhalb der Union. Windenergie sieht sich den Problemen der intermittierenden Produktion sowie des Netzzugangs gegenüber, dennoch sehen wir die sehr viel versprechende Entwicklung dieser erneuerbaren Stromquelle positiv.

Was die Nuklearenergie betrifft, so hängt hiervon die Hälfte der derzeitigen Mitgliedsstaaten bei der Elektrizitätserzeugung ab, die andere Hälfte hat sich gegen Nuklearenergie entschieden. Belgien, Deutschland und Schweiz haben entschieden, Strom aus Kernkraft letztendlich auslaufen zu las-

sen, insgesamt 38.000 MW. In Deutschland und Schweden sind die ersten Reaktoren bereits abgeschaltet worden. Zur gleichen Zeit plant Finnland einen neuen Kernreaktor bei Olkiluoto mit einer Kapazität von 1.600 MW. Zu Beginn des Jahres 2003 schlug die Kommission ein Paket zur Nuklearsicherheit und Abfallbehandlung vor, welches noch immer im Rat und Parlament diskutiert wird. Ich glaube weiterhin, dass dieses Paket letztendlich doch angenommen wird und glaube, dass insbesondere der Schwerpunkt auf der Abfallbehandlung dafür sorgen wird, der Kernkraft in der Öffentlichkeit allgemein mehr Akzeptanz zu verschaffen. Unserer Meinung nach sollte die Nuklearoption für diejenigen Mitgliedsstaaten offen gehalten werden, die dies so wünschen, und zwar aus Gründen der Energieversorgungssicherheit sowie zur Reduzierung von CO<sub>2</sub>-Emissionen, da der Einsatz von Nuklearenergie Emissionen jährlich von etwa 300 Mill. t CO<sub>2</sub> vermeidet.

## **5. Schlussfolgerungen**

Die Notwendigkeit für neue Investitionen im Energiesektor ist nie offensichtlicher gewesen. Die Risiken, untätig zu bleiben, sind auch allzu deutlich: höhere Preise, nicht funktionierender Wettbewerb und das wachsende Risiko von so genannten Blackouts.

Die Mitgliedstaaten müssen diesbezüglich einige wichtige Entscheidungen zu Investitionen in die Netze treffen. Sie müssen der Stromwirtschaft eine klare Richtung über die Art und Weise vorgeben, wie die Märkte der Stromerzeugung funktionieren sollen.

Nur durch die dichtere Verknüpfung zwischen den Mitgliedsstaaten und dem Vorhalten von genügenden Reservekapazitäten zur Bedarfsdeckung

kann sichergestellt werden, dass die Europäische Union sich zu einem Binnenmarktmarkt mit den sich hieraus ergebenden Vorteilen entwickeln wird. Andernfalls könnten wir mit verschiedenen regionalen Märkten in der Union konfrontiert sein, in denen Probleme der Marktkonzentration virulent werden.

Die Kommission hat Gesetzesvorschläge zu diesen Themen und zu den Herausforderungen im Umweltschutz erarbeitet. Wir sind zuversichtlich, dass wir in Zusammenarbeit mit Parlament und Rat, mit den Mitgliedstaaten und nicht zuletzt mit der Stromwirtschaft unser gemeinsames Ziel eines funktionierenden wettbewerbsfähigen Energiesektors erreichen werden, welcher seiner Verantwortung für den Umwelt- und Klimaschutz gerecht wird und ein Vorbild für den Rest der Welt sein kann. ■

# **Investitionsentscheidungen für die Zukunft**

---

*Gert Maichel*

Die Überschrift über diese Tagung hätte besser nicht gewählt werden können: "Weichenstellungen für eine nachhaltige Stromversorgung". In der Tat, es geht mir in meinem Vortrag um grundsätzliche Fragen der Energieversorgung, Energieerzeugung, dem Transport und der Verteilung von Energie, weil wir um die zentrale Frage, welche Weichenstellungen nötig sind, nicht herumkommen. Wenn ich hier und heute eine Botschaft verkünden kann, dann möchte ich diejenigen, die in der Politik Verantwortung tragen, dazu aufrufen, die richtigen Weichen zu stellen. Denn die grundsätzlichen Fragen, die mit nachhaltiger Energiepolitik zu tun haben, werden

meines Erachtens heute in der herrschenden Politik nicht gebührend beachtet.

Eine zukunftsorientierte und verantwortungsvolle Energiepolitik muss eben, und das ist ganz wichtig, die Balance zwischen den energiepolitischen Zielen Umweltschutz, Versorgungssicherheit und Wirtschaftlichkeit wahren. Wer heute die Weichen stellt für eine nachhaltige Politik, der muss zur Kenntnis nehmen, dass jedenfalls in den letzten Jahren die Balance verloren gegangen ist und schnell wieder gewonnen werden muss, wenn die Politik denn nachhaltig genannt werden soll. Deshalb müssen wir uns einfach noch mal die Wirkungszusammenhänge klar machen, um die es hier eigentlich geht. Es ist eben so, dass die Energieversorgung eine unverzichtbare Grundlage für Wachstum, Beschäftigung und Wohlstand ausmacht und wer sie vernachlässigt, der wird dieses auch in der wirtschaftlichen Entwicklung seines Landes zu spüren bekommen. Diese Grundwahrheit muss immer wieder beachtet werden.

Damit hat natürlich Energiepolitik auch eine zentrale Bedeutung für die Wirtschaftsstruktur und die Beschäftigungspolitik eines Landes. Dann brauchen wir, weil es hier um langfristige Investitionen geht, verlässliche Rahmenbedingungen. Diese nicht zu haben, bedeutet, dass jeder nur auf ganz kurzfristige Erfolge setzen muss, wenn er denn investieren will. Aber nur langfristige Rahmenbedingungen sichern eine zukunftsfähige Energiepolitik. Das Dumme ist nur, dass die derzeitige Politik das Zieldreieck, das ich eben aufgezeigt habe, außer Acht gelassen hat und einseitig in den letzten Jahren darauf gesetzt hat, dass umweltpolitische Ziele an vorderster Stelle stehen. Wenn man das so macht, muss man sich nicht wundern, dass die ökonomischen Wachstumsraten in Deutschland nachlassen.

Das hat kurzfristig vielleicht nicht eine so gravierende Bedeutung, aber das bleibt mittel- und langfristig nicht ohne negative Folgen für die Beschäftigung, für die Arbeitsplätze und für die Wirtschaft in Deutschland. Wir müssen uns nicht wundern, dass Deutschland inzwischen schon als der kranke Mann in Europa angesehen wird. Ich glaube nicht, dass die Energiepolitik der einzige Faktor ist, aber er ist einer der wesentlichen Faktoren, der zu dieser negativen Beurteilung geführt hat.

Es gibt natürlich für jede einzelne Maßnahme, die in Deutschland der Energiewirtschaft auferlegt wird, treffliche und läbliche Begründungen. Sie kennen ja alle die Instrumente, die inzwischen schon eingeführt sind oder kurz vor der Einführung stehen. Jedes einzelne Argument ist sicherlich gut und es gehört zur politischen „Correctness“ in diesem Land, dass jeder-  
mann für Umweltschutz ist. Nur die Menge und der Wirkungszusammen-  
hang für diese Instrumente führt eben dazu, dass die Balance, um die es uns  
geht, inzwischen schon verlassen wurde.

Deshalb ist es zur richtigen Weichenstellung absolut erforderlich, dass wir für die Instrumente und für die Ziele, um die es uns geht, Kosten-Nutzen-Analysen durchführen, bevor Gesetzesvorhaben auf den Weg gebracht werden. Wie sind denn eigentlich die Wirkungszusammenhänge? Was fügt ein neues Instrument zu den alten hinzu? Und das hat leider, das muss ich beklagen, bisher in Deutschland nicht stattgefunden. Wir haben inzwischen Mehrbelastungen in vielen Milliarden, und diese Belastungen kann meines Erachtens die deutsche Wirtschaft so nicht mehr tragen.

Nehmen Sie das Thema "Liberalisierung des deutschen Strom- und Erdgasmarktes". Sie kennen die Zahl vermutlich alle: es ist nachweisbar, dass

die Liberalisierungseffekte dem deutschen Stromkunden generell eine Größenordnung von 7,7 Mrd. Euro eingebracht haben, aber weder die heimische Industrie noch der private Stromkunde haben lange von dieser Entlastung profitieren können. Seit zwei Jahren sind die Preise wieder im Steigen begriffen und es ist ganz klar, dass nicht die Stromerzeuger und Stromversorger die Abzocker sind, sondern es ist der Staat, der hier zugegriffen hat. Sie sehen auf dieser Grafik, dass politische Sonderlasten in der Größenordnung von über neun Milliarden hinzugekommen sind, die natürlich die Liberalisierungseffekte überkompensieren. Und dann die Stromversorger als Abzocker zu bezeichnen, ist eigentlich perfide. Angesichts der Tatsache, dass die Unternehmer an dieser Stelle ihre Preise auch gegenüber 1998 um mehr als 20 Prozent haben sinken sehen und der Staat seinen Anteil um mehr als 65 Prozent gesteigert hat, ist doch eigentlich ganz klar, wer hier der eigentliche Abzocker ist. Ich glaube, in diesem Fall ist es der Staat. Dass diese staatlichen Abgaben für den einzelnen Verbraucher, vielleicht nicht mehr als ein, zwei Bier im Monat ausmachen, ist meines Erachtens eine nutzlose Diskussion. Tatsache bleibt doch, dass es dadurch einen Kaufkraftschwund gibt in der Größenordnung von rund zehn Milliarden Euro für die gesamte Wirtschaft. Und dann wundern wir uns, dass hier Belastungen für die deutsche Wirtschaft entstehen, die sie an die Grenze des Möglichen führen.

Angesichts eines solchen Befundes ist natürlich die Belastungsgrenze für die deutsche Wirtschaft erreicht. Wir müssen über andere Dinge reden als über die Kosmetik von Einspeisevergütungen oder was es alles an schönen Instrumenten gibt. Wir müssen über das Gesamtkonzept reden. Wir müssen es sinnvoll gestalten und auch die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingun-

gen vorgeben. Sie wissen alle, dass die deutsche Energiewirtschaft vor gewaltigen Investitionsentscheidungen angesichts eines überalterten Kraftwerksparks steht. Mehr als 20.000 MW sind zu ersetzen bis 2020, und wenn wir dann noch die ausstiegsbedingten Ausfälle im Kernenergiebereich mit hinzurechnen, kommen noch mal 20.000 MW hinzu, wenn es denn so vollzogen wird, wie es geplant ist von der Regierung. Gleichzeitig soll dann noch alles das, was mit EEG- und KWK-Strom zu tun hat, in den nächsten 20 Jahren verdoppelt werden. Damit werden aber auch, das müssen wir entsprechend berücksichtigen, Fördertatbestände für Technologie von heute je errichteter Anlage auf 20 Jahre festgeschrieben. Was wir auch immer tun, richtig und wichtig ist, dass wir im Jahr 2007 noch mal all diese Instrumente auf den Prüfstand stellen. Aber wir dürfen nicht vergessen, dass was heute genehmigt ist im Bereich erneuerbarer Energie oder bei der Kraft-Wärme-Kopplung noch bis 20 Jahre Nachwirkung hat. Das ist eine ungeheure Subventionslast, die sich weiter in die Zukunft steigern wird.

Damit ist ja auch ein anderer Befund zu nennen, nämlich dass die Zwangseinspeisung, die mit der erneuerbaren Energie verbunden ist, ja für große Teile des gerade liberalisierten Marktes wieder in eine Regulierung führen wird. Die sich aus dieser Entwicklung ergebenden ökonomischen und strukturellen Konsequenzen müssen angemessen in dem erforderlichen neuen Gesamtkonzept berücksichtigt werden. Ich kann mir eigentlich nicht vorstellen, dass ohne ein solches Gesamtkonzept die erforderlichen 30-40 Mrd. Euro für die neuen Investitionen in die angesprochenen Erzeugungskapazitäten zur Verfügung gestellt werden können.

Ich mache Ihnen das mal an einem Beispiel – der Windkraft – klar, auch wenn es dem einen oder anderen nicht gefällt. Die ökonomischen und

strukturellen Konsequenzen bestimmter politischer Maßnahmen muss man einfach mal sehen und darf sie nicht verleugnen. Sie sehen hier in der Grafik, dass die Verfügbarkeit von Windkraft in Bereichen über 5.000 Stunden, also im Grunde während zwei Drittels des Jahres, kleiner ist als zehn Prozent. Nur für 40 Stunden während des ganzen Jahres, und das Jahr hat über 8.000 Stunden, beträgt die Nutzung mehr als 70 und 80 Prozent. Gesprochen wurde schon über die notwendige Absicherung durch die konventionellen Kraftwerke, damit die Stromversorgung aufrechterhalten werden kann, wenn der Wind mal nicht bläst. Die Konsequenz dieser Datenlage ist doch, dass eigentlich keine einzige Investition in konventionelle Kraftwerke gespart wird durch die Investition in Windkraftwerke. Das heißt nicht, dass der Einzelne bei dem Subventionstatbestand, den wir derzeit haben, nicht in Windkraft investiert, sondern das heißt, dass wir volkswirtschaftlich doppelt investieren. Das nenne ich eine Verschwendug von finanziellen Ressourcen. Um bei der politischen „Correctness“ zu bleiben, das heißt doch nicht, dass derjenige, der darauf hinweist, damit sagt, Windkraft ist dummes Zeug. Nein, Windkraft hat an bestimmten Stellen dieser Erde eine großartige Bedeutung, aber eine nicht marktgängige Technologie für 20 Jahre in den Markt zu schieben ist meines Erachtens verkehrt. Wir sollten diese Kritikpunkte ernst nehmen, wenn wir über die richtigen Weichenstellungen nachdenken.

Wenn wir über Effizienz in der Energiepolitik reden, gerade auch zum Thema CO<sub>2</sub>-Minderung, müssen wir einfach wissen, was es kostet. Wenn CO<sub>2</sub> wirklich die Bedeutung hat, die ihm weithin zugeschrieben wird, nämlich klimabelastend zu sein, was im übrigen noch nicht wissenschaftlich nachgewiesen ist, dann sollten wir doch heute das machen, was unserer

Volkswirtschaft die wenigsten Kosten auferlegt. Und da ist eben Kernenergie die günstigste Möglichkeit, spezifische CO<sub>2</sub>-Vermeidung zu betreiben. Übrigens können Braunkohle- und Erdgaskraftwerke neuerer Art genau dasselbe leisten. Darauf muss man immer wieder hinweisen.

Ein anderer Punkt ist die Frage: Wie betreiben wir denn eigentlich unsere Politik zur Sicherung der Versorgungssicherheit? Diese ist ja nicht nur eine Frage der Verfügbarkeit der weltweiten Ressourcen oder der Ressourcen in Deutschland von Energie – sei es Erdgas, sei es Steinkohle oder Braunkohle. Sie ist auch eine Frage der Investitionen in das Netz und der Netzstabilität für Strom. Es ist richtig, dass die Netznutzungsentgelte in Deutschland, verglichen mit Schweden und Großbritannien, im Durchschnitt erheblich höher liegen. Das wird auch immer wieder hervorgehoben und die Stromversorger, insbesondere die Netzbetreiber, werden hier auch gebrandmarkt. Wir müssen aber doch bitte zur Kenntnis nehmen, dass Investitionen und Kosten in Netze auch eine positive Konsequenz haben für die Versorgungssicherheit. In Deutschland musste ein Endverbraucher im Jahr durchschnittlich mit 15 Minuten Unterbrechung seiner Stromversorgung rechnen. Für Schweden liegen diese Ausfallzeiten (die sogenannten black-outs) bei 85 Minuten und für Großbritannien bei 90 Minuten. Das sind die Zahlen von 2002. Wenn man die Zahlen von 2003 nimmt, werden die Unterbrechungszeiten noch erheblich höher liegen für Schweden und vermutlich auch für Großbritannien.

Das muss man alles berücksichtigen, wenn es um das energiepolitische Gesamtkonzept geht. Damit werden die Rahmenbedingungen zur Investitionsicherheit bestimmt. Der breite Energiemix ist auch ein Thema, das Frau Dr. Merkel gerade angesprochen hat. Wir dürfen eben nicht auf ein oder

zwei Energieträger allein setzen, sondern wir müssen uns auf alle verfügbaren Energieformen stützen, denn es gibt keine einzige, die alle Anforderungen, die wir an sie stellen, erfüllen kann. Und deshalb geht es nur im Mix.

Schließlich müssen wir, wenn es um die Regulierung der natürlichen Monopole im Netzbereich geht, darauf achten, dass es eine schlanke Regulierung gibt. Schlanke Regulierung heißt, dass wir in Deutschland auf Vorreiterrollen gegenüber Resteuropa verzichten. Wir müssen anerkennen, dass es dort einen unterschiedlichen Fahrplan gibt; wir müssen marktnahe Instrumente der Selbstregulierung auch berücksichtigen und wir müssen versuchen, den Bürokratie- und Kostenaufwand zu minimieren. Also: eine Regulierung muss sich an Marktbedürfnissen ausrichten. Das Gleiche gilt natürlich für die deutsche Klimavorsorge im internationalen Rahmen, auch die Strategien zur Klimavorsorge; ich sage ausdrücklich Vorsorge, nicht Klimaschutz. Denn wenn wir das Klima unmittelbar schützen müssten, dann müssten noch ganz andere Dinge getan werden. Aber die müssten auch in den internationalen Rahmen und die ökonomische Wettbewerbsfähigkeit eingebettet werden. Klimapolitische Alleingänge gefährden den Industriestandort Deutschland und bewirken genau das Gegenteil vom Gewünschten. Denn die Abwanderung von Stahlindustrie aus Deutschland wird bedeuten, dass der Stahl an Standorten produziert wird, die sicherlich nicht mit unseren Standards zu vergleichen sind. Also damit wird das Gegenteil von Klimaschutz und Vorsorge erreicht.

Wir legen auch großen Wert darauf, dass die Energieforschung verstärkt wird, weil wir meinen, an der Stelle können wir erheblich mehr machen als bisher getan wurde. Dann würden wir nicht in der Notwendigkeit stehen, nicht marktgängige Technologien in den Markt zu drücken. Energiepolitik

und Umweltpolitik müssen natürlich integraler Bestandteil einer marktorientierten Wirtschaftspolitik sein. Manchmal hat man den Eindruck, dass die Energiepolitik sozusagen als ein Verfügungskasten für alle möglichen staatlichen Eingriffe gesehen wird. Wer glaubt, diese sei die finanzielle Verfügungsmasse für alles und jedes bis hin zur Rentenpolitik, der irrt sich.

Damit möchte ich schon überleiten zur Entwicklung in Europa und zu Ihrem Vortrag, Herr Schwaiger. Natürlich beklagen wir, dass es in Europa verschiedene Geschwindigkeiten gibt. Ich denke, dass wir in Deutschland erheblich weiter sind mit der Liberalisierung der Erdgas- und Strommärkte gegenüber anderen Ländern in Europa. Natürlich müssen wir sehen, dass die Wettbewerbsphasen in den Ländern auch so weit auseinander liegen, dass das zu Wettbewerbsverzerrungen auch zwischen den Ländern führt. In Frankreich gibt es vor 2007 überhaupt keine Liberalisierung auf dem Endverbrauchermarkt für die Haushalte. Damit sind wir in der unglücklichen Situation, dass einige der französischen Großkonzerne auf unserem Markt auftreten können und auch Millionen Kunden gewinnen können, aber es in Frankreich zum Beispiel für deutsche Stromanbieter noch immer nicht möglich ist.

Ich kann nicht verschweigen, dass auch mein Konzern, RWE, von der Liberalisierung in Europa profitiert hat. Wir sind aus dem engen nationalen Korsett herausgekommen und sind inzwischen so breit aufgestellt, dass über die Hälfte unserer Mitarbeiter im Ausland tätig sind und auch über die Hälfte der Wertschöpfung unseres Konzerns außerhalb Deutschlands erzielt wird. Das ist eine gute Entwicklung und stärkt die Wettbewerbsfähigkeit. Aber man muss auch hinzufügen, dass bei den guten Ergebnissen, über die wir ja in den letzten Wochen berichtet haben, wir diese ganz wesentlich

zurückführen auf die Kostensenkungen, die wir erreicht haben. Wenn Sie mal eine Größenordnung von Konzernergebnis nach Steuern von 900 Millionen Euro im Jahr berücksichtigen und das in Vergleich setzen zu den Kostensenkungen, die wir in den letzten vier Jahren in der Größenordnung von mehr als zweieinhalb Milliarden Euro erreicht haben, dann wissen Sie, was wir geleistet haben.

Viele sagen, bei RWE hat sich nicht viel verändert, aber ohne diese gewaltigen Kostenanstrengungen wäre RWE heute ein Konzern, der tief rote Zahlen schriebe und der von den Aktionären und vom Kapitalmarkt nicht mehr angefasst würde. Und damit sind wir bei den eigentlichen Problemen. Sechs Jahre nach Beginn der Liberalisierung sind wir von gleichen Wettbewerbsbedingungen in Europa noch weit entfernt. Wir müssen die Politiker in Brüssel nachdrücklich darauf hinweisen, dass diese unterschiedlichen Geschwindigkeiten beendet werden. Ich muss auch diejenigen warnen, die glauben, 2007 sei dann alles erledigt. Nein, wir haben dann ja auch die so genannten Dienstleistungen im öffentlichen Interesse. Im Kern geht es dabei um unternehmerischen Tätigkeiten von rein staatlichen oder staatlich abhängigen Organisationen, die in einem privatwirtschaftlichen Markt eigentlich kaum etwas zu suchen haben, aber dort auch weiter sein werden.

Bei der Umsetzung von EU-Richtlinien werden wir auch auf Umsetzungs geschwindigkeit und Tiefgang gucken, auch dort gibt es Riesenunterschiede. Ich möchte Ihnen das mal an einem aktuellen Beispiel, den nationalen Allokationsplänen in der Europäischen Union, zeigen. Bis Ende März sind diese bei der Kommission einzureichen gewesen. Und was ist der Befund? Eigentlich haben nur sehr wenige Staaten ihre nationalen Allokationspläne fristgerecht eingereicht; verspätet kündigen sich Großbritannien, Lettland

und Portugal an und überhaupt keinen Entwurf haben bislang Frankreich, Spanien, Italien, Griechenland und Belgien eingereicht.

Es geht mir um die Botschaft. Auch hier wieder sind wir in einem Bereich, wo die unterschiedliche Geschwindigkeit der Umsetzung von europäischen Vorgaben dazu führt, dass, wenn der freie Markt zum 1. Januar 2005 nicht hergestellt wird, dann diejenigen, die sich zuerst bewegt haben, natürlich auch die Nachteile haben. Denn nur ein gemeinsamer europäischer Markt wird dafür sorgen, dass dieses Instrument „cap and trade“, wie es so schön heißt, auch wirklich Wirkung zeigt. Ohne diesen Erfolg wird es ein begrenzter Markt sein, und dann kann es eben auch nicht in voller wirtschaftlicher Größe genutzt werden. Das ist ein Problem, mit dem wir uns weiter beschäftigen müssen. Wir machen uns große Sorgen, dass wir an dieser Stelle eben nicht so schnell zu dem gemeinsamen Strommarkt kommen.

Wir werden bald zu dem ersten gemeinsamen Energiekapitel kommen in der neuen Verfassung. Ich will Ihnen nur schildern, dass wir hierbei auch nicht ohne Sorgen sind. Wir müssen akzeptieren, und wir begrüßen das auch als europäisches Unternehmen, dass es in Zukunft zu einer harmonisierten Energiepolitik auf europäischer Ebene kommt. Das hat natürlich Vorteile für uns und für alle, die sich auch europäisch und international bewegen, aber man muss auch sehen, dass wir uns Sorgen machen, wenn die europäische Politik dirigistische Ansätze zeigt, die weit entfernt sind von dem, was wir Marktwirtschaft nennen. Gemeint ist hier ganz speziell das Richtlinienpaket zu Infrastrukturmaßnahmen und zur Versorgungssicherheit. Die EU-Kommission ist offensichtlich besorgt, wie ausreichende Investitionen sowohl in Erzeugeranlagen wie auch in Netze in einem liberalisierten Markt sichergestellt werden können. Nur die Ansätze, die wir

darin finden, zeigen soviel an staatlichem Dirigismus auf, dass wir sagen, das kann nicht der rechte Weg sein. Unser gemeinsamer Weg sollte sein, dass die Antwort nicht staatliche Regulierung ist und nicht noch detailliertere Richtlinien, sondern ein Vertrauen auf die Marktmechanismen. Die vor uns liegenden Herausforderungen sind gewaltig. Mehr als eine Billion Euro sind von der Industrie für neue Kraftwerke und Netze bis 2030 aufzubringen. Und das wird nur möglich sein, wenn wir ein attraktives Umfeld für Investitionen haben. Mit den genannten Ansätzen schafft die Europäische Kommission es nicht.

Natürlich gehören auch hier wieder die konsistenten Rahmenbedingungen dazu, die wir immer wieder anfordern. Es gehört dazu eine stabile und langfristige Ausgestaltung des beabsichtigten Emissionshandels. Wir sind eben nicht in einem Mikado-Spiel, wo der Erste, der sich röhrt, dann auch prompt verliert. Sorgen Sie an Ihrer Stelle dafür, Herr Schwaiger, dass das mit dem Mikado-Spiel aufhört, dann kriegen Sie auch bessere Grundlagen für Investitionen.

Klar ist die diskriminierungsfreie Nutzung aller Energieträger ein Thema, auch ein diskriminierungsfreier Zugang zu den Netzen. Dazu stehen die Unternehmen, auch wenn wir bis vor kurzem geglaubt haben, wir könnten es ohne Regulierer machen. Nun werden wir einen bekommen und wir werden mit ihm zusammenarbeiten. Wir haben eine zunehmende Regulierungsdichte auf europäischer Ebene, es gibt 342 Richtlinien und Vorschriften, die sich mit dem Thema Energie beschäftigen. Wir brauchen nicht noch mehr Regeln und Vorgaben, wir brauchen vernünftige Rahmenbedingungen, die politisch gesetzt werden müssen.

Damit komme ich zu meinen Schlussfolgerungen. Ich rufe Sie alle auf mitzuwirken, dass Energiepolitik und Umweltpolitik in einem integrierten Rahmen zu sehen sind im Sinne einer marktorientierten Wirtschaftspolitik. Wir müssen auch einen konfliktfreien Rahmen schaffen für Wettbewerb und die Anwendung marktwirtschaftlicher Instrumente im Rahmen des europäischen Geschehens und das erfordert eben die Ziel-Balance zu halten. Damit komme ich zurück zu meinem Eingangs-Statement: Sorgen Sie dafür, dass wir die Gleichgewichtung zwischen Versorgungssicherheit und dem Umweltschutz und der Wirtschaftlichkeit wahren, dann können wir eine Volkswirtschaft mit Energie versorgen, die bezahlbar ist und die Arbeitsplätze und damit unseren Wohlstand sichert. ■



## **Die Autoren und der Herausgeber**

---

*Dr. Hartmut Greve* ist Koordinator für Energie- und Umweltpolitik der Konrad-Adenauer-Stiftung in Berlin. Er arbeitet im Bereich Politik und Beratung.

*Dr. Norbert Lammert* ist Vizepräsident des Deutschen Bundestages und Abgeordneter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Er übt zugleich das Amt eines stellvertretenden Vorsitzenden der Konrad-Adenauer-Stiftung aus.

*Dr. Gert Maichel* ist Vorstandsvorsitzender von RWE Power AG und Mitglied des Vorstands im Gesamtkonzern der RWE AG in Essen.

*Dr. Angela Merkel* ist Vorsitzende der CDU und Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Sie war von 1984-1988 Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit.

*Loyola de Palacio* war seit 1999 Vizepräsidentin der Europäischen Kommission in Brüssel und dort zuständig für die Politikbereiche Energie und Verkehr. Ihre Amtszeit endete am 30. September 2004. ■